



Die Vorsitzende des Verwaltungsrats der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA), Christa Wirthumer-Hoche, riet den EU-Mitgliedsstaaten am Sonntag davon ab, den Einsatz des russischen Impfstoffs Sputnik V zu genehmigen und riet ihnen, den Abschluss der Überprüfung abzuwarten.

Die hohe Verantwortliche der Europäischen Arzneimittelbehörde (EMA) hat den EU-Mitgliedsländern von einer dringenden Zulassung des Covid-19-Impfstoffs Sputnik V abgeraten und sich dabei auf unzureichende Daten über die derzeit geimpften Personen berufen.

„Es ist ein bisschen wie russisches Roulette“, sagte die Vorstandsvorsitzende Christa Wirthumer-Hoche am Sonntagabend im ORF-Interview, während die österreichische Regierung die Kontakte zu Moskau vervielfacht. „Wir brauchen Dokumente, die wir durchgehen können. Im Moment haben wir keine Daten über Nebenwirkungen bei den Geimpften“, betonte sie. „Wir befinden uns im Ungewissen und deshalb rate ich dringend davon ab, eine nationale Zulassung zu erteilen“, fügte Christa Wirthumer-Hoche hinzu und forderte die Länder auf, auf das grüne Licht der europäischen Aufsichtsbehörde zu warten.

Eine „geopolitische Auseinandersetzung“?

Mit dem Beginn der Prüfung durch die Amsterdamer Zulassungsbehörde EMA hat Sputnik V vergangene Woche einen wichtigen Schritt in Richtung seines Einsatzes in der Europäischen Union (EU) gemacht. Nach dieser Ankündigung erklärten die russischen Behörden, sie seien bereit, ab Juni Impfstoffe für 50 Millionen Europäer zu liefern. „Wir werden Sputnik V in Zukunft auf den Markt bringen können, aber erst, wenn wir die notwendigen Daten geprüft haben“, basierend auf „europäischen Standards der Qualitäts- und Wirksamkeitskontrollen“, betonte die EMA-Vertreterin.

Aus Ungeduld mit einem Prozess, der als zu langsam erachtet wird, haben mehrere EU-Länder auf noch nicht zugelassene Impfstoffe zurückgegriffen, wie z. B. Ungarn, das letzten Monat damit begann, seiner Bevölkerung den russischen Impfstoff zu verabreichen. Die Tschechische Republik und die Slowakei haben ebenfalls Aufträge an Russland erteilt.

Der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz hat Ende Februar mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin über die „Möglichkeit“ von Sputnik-V-Lieferungen gesprochen, weil er der Meinung ist, dass die Impfstoffe nicht Gegenstand von „geopolitischen Auseinandersetzungen“ sein sollten. Der Bundeskanzler traf sich am Freitag in Wien mit einem Beamten des Russischen Staatsfonds (RDIF), der die Entwicklung des Impfstoffs finanziert. „Die Gespräche waren konstruktiv und positiv“, sagte ein russischer Botschaftssprecher, der von der staatlichen Agentur Ria Novosti zitiert wurde. Sebastian Kurz



Covid-19-Impfstoff: Europäische Arzneimittelbehörde rät von
Notfallzulassung für Sputnik V ab

sagte jedoch, dass er die Genehmigung der EMA abwarten würde, bevor er den Impfstoff in Österreich einsetzt.